

Wer früher stirbt, war meistens arm

Berlin: Fachleute suchen nach Wegen, Ungerechtigkeiten bei Gesundheitsversorgung zu verringern

Jana Frielinghaus

Der neue Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat sich kurz vor Amtsantritt als Sozialexperte präsentiert. Wer Hartz IV beziehe, sei nicht arm, erklärte er. Rolf Rosenbrock kommentierte am Dienstag in Berlin, er hoffe, dass Spahn »irgendwann mal in seinem Ressort ankommt«. Der Vorsitzende des Paritätischen Gesamtverbandes erinnerte auf dem Kongress »Armut und Gesundheit« in Berlin daran, dass das »Ausmaß der gesundheitlichen Ungleichheit« seit rund 30 Jahren »konstant« ist. Und Thomas Lampert, am Robert-Koch-Institut (RKI) Leiter des Fachbereiches »Soziale Determinanten der Gesundheit«, erinnerte daran, dass die Lebenserwartung von Menschen mit »niedrigem sozialen Status« hierzulande um etwa ein Jahrzehnt geringer ist als die von Personen im obersten Fünftel der Gesellschaft. Bei Frauen ist die Differenz mit acht Jahren etwas geringer, bei Männer mit elf Jahren größer. Armut sei also weiter das »größte Gesundheitsrisiko«.

Durch Präventionskampagnen würden Personen mit geringem Einkommen und geringer Bildung zudem viel zu wenig erreicht, konstatierte Rosenbrock. Er kritisierte in diesem Zusammenhang die Krankenkassen, die bei Kampagnen zur gesundheitlichen Aufklärung in Kindergärten, Schulen und Betrieben eher um »Chancen der Mitgliederwerbung« als um die besten Ergebnisse konkurrierten.

Alljährlich versammeln sich im Frühjahr in Berlin Fachleute auf dem Kongress, um über Möglichkeiten zur Verringerung der Ungerechtigkeiten bei der gesundheitlichen Versorgung in Deutschland zu beraten – und Forderungen an die Politik zu formulieren. Am Dienstag abend wollten viele der rund 2.000 Teilnehmer zudem mit einer Kundgebung am Brandenburger Tor gegen den Ausschluss Hunderttausender von regulärer medizinischer Versorgung protestieren. Betroffen sind vor allem Obdachlose, Asylsuchende, Menschen ohne Papiere und solche aus anderen EU-Staaten (siehe dazu *jW* vom 19.3.) – aber auch Selbständige, die vielfach hohe Beitragsschulden haben. Insbesondere hier lebende prekär beschäftigte oder erwerbslose EU-Bürger leiden unter dem Anfang 2017 in Kraft getretenen »Gesetz zur Regelung von Ansprüchen ausländischer Personen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende«, das sie fünf Jahre lang von

deutschen Sozialleistungen ausschließt. Johanna Offe vom Verein »Ärzte der Welt« kritisierte, durch gesundheits- und sozialpolitische Maßnahmen würden »menschenrechtliche Standards gebrochen«, um »Anreize zur Migration zu senken«. Selbständige wiederum erhielten nur stark eingeschränkte Versicherungsleistungen – so lange, bis sie ihre Zahlungsrückstände ausgeglichen hätten, berichtete Offe.

Das Bündnis von 22 Organisationen, das zur Demo aufgerufen hatte, fordert unter anderem eine Abschaffung des erwähnten Ausschlussgesetzes für EU-Bürger und eine »Ausnahme von der Übermittlungspflicht für Sozialämter«, damit Menschen ohne Papiere nicht mehr der Ausländerbehörde gemeldet werden müssen, wenn sie einen Arzt aufsuchen. Denn bislang müssen sie in diesem Fall ihre Abschiebung fürchten. Darüber hinaus verlangen die beteiligten Verbände und Initiativen eine deutliche Absenkung des Mindestbeitrags für Selbständige. Letztere, so berichtete Boris Velter (SPD), Staatssekretär in der Berliner Senatsverwaltung für Gesundheit, sei Teil des Koalitionsvertrages von CDU, CSU und Sozialdemokraten und bedeute, dass Selbständige mit geringem Einkommen künftig monatlich 120 bis 130 Euro weniger für die Krankenkasse aufwenden müssten.

gesundheit-ein-menschenrecht.de

<https://www.jungewelt.de/artikel/329405.wer-früher-stirbt-war-meistens-arm.html>